



Klaus Göldner von der Freien Liste Unna (FLU) wirft Bürgermeister Dirk Wigant (CDU) vor, den Rat der Stadt falsch informiert zu haben, als es um die Aufhebung der Beigeordnetenverfahren ging. FOTOS ARCHIV

Göldner beantragt Akteneinsicht: Rathaus unter Lügen-Verdacht

UNNA. Nach dem Abbruchbeschluss für die Beigeordnetenverfahren steht Unnas Stadtverwaltung unter Druck. FLU-Fraktionschef Klaus Göldner vermutet sogar eine Desinformation der Politik.

Von Sebastian Smulka

Seit vergangenem Donnerstag steht die Stadt Unna auf der Suche nach zwei neuen Führungskräften im Rathaus wieder am Anfang. Die bereits angelaufenen Verfahren für die Beigeordnetenstellen der Dezernate 2 und 4 sind abgebrochen, die Stellenausschreibungen aufgehoben worden. Und wie es nun weitergehen soll, bleibt wohl bis nach der Sommerpause der Politik unklar.

Und doch liefert das alte Verfahren neuen Gesprächsstoff. Für Ratsmitglied Klaus Göldner (FLU) ist der Abbruch der Verfahren aufgrund einer falschen Darstellung des Sachverhaltes zustande gekommen. Nun beantragt Göldner Akteneinsicht, um die Angaben selbst überprüfen zu können.

Göldner hatte schon in der Ratssitzung darauf hingewiesen, dass ihm einige Inhalte in der Beschlussempfehlung der Stadtverwaltung „pro Abbruch“ übertrieben oder schlicht falsch erscheinen. Wörtlich sagte der Fraktionsvorsitzende der Freien Liste Unna dabei an die Adresse von Bürgermeister Dirk Wigant: „Ihre Aussagen entsprechen so nicht der Wahrheit. (...) Entweder Sie verfügen über weitergehende Informationen, die Sie hier zurückhalten, oder Sie informieren den Rat hier nicht richtig. Beides wäre mindestens unschön.“

Enge Abstimmung im Rat der Stadt

Doch die Verwaltung nahm sich von der Kritik nichts an. Schließlich stimmte der Rat mit einer Mehrheit von 26 zu 20 Stimmen für das

Papier aus dem Rathaus und somit den Neustart in der Beigeordnetenfrage. Nun allerdings bahnt sich eine juristische Nachbereitung an.

Die SPD-Fraktion hatte bereits in der Ratssitzung am Donnerstag angekündigt, den Bürgermeister zur Beanstandung dieses Beschlusses aufzufordern, da er aus Sicht der Sozialdemokraten rechtswidrig sei. Klaus Göldner von der FLU dagegen will die Prüfung nun selbst vornehmen, wie es ihm als Ratsherr nach Paragraph 55 der NRW-Gemeindeordnung („Kontrolle der Verwaltung“) zusteht.

Seine Akteneinsicht zielt darauf, zu überprüfen, wie stark die Kritik aus den Reihen der Bewerber an dem Verfahren tatsächlich war. Hintergrund: Nachdem die Information in die Öffentlichkeit gelangt war, mit welchem Punktwert die

Stadtverwaltung die Bewerbung der grünen Fraktionsvorsitzende Claudia Keuchel versehen würde, hätten sich „mehrere Bewerber“ und Bewerberinnen bei der Verwaltung gemeldet und den Verlust der Vertraulichkeit beklagt.

Dabei sei es zur Androhung rechtlicher Schritte und zum Rückzug der Bewerbung „auch und insbesondere aus der Spitzengruppe“ gekommen.

Bei den Ratsmitgliedern sei durch diese Formulierungen der Eindruck erweckt worden, dass sich mehrere der verbliebenen Bewerber beschwert hätten, so Göldner. Er merkt dazu an: „Konkret nachvollziehbare Angaben wurden zu keiner Zeit gemacht. (...) Ich erwarte deshalb im Rahmen der Akteneinsicht diesbezüglich niedergelegte Aktenvermerke.“

Göldner kritisiert zudem, dass die Stadtverwaltung in der Beschlussempfehlung für die Aufhebung der Vergabeverfahren unwahre Angaben gemacht habe, was das Ausmaß der Indiskretion in dem Verfahren angeht.

So hat die Stadtverwaltung in der entsprechenden Drucksache behauptet, dass vertrauliche Inhalte aus Bewerbungen und „nahezu jedes nichtöffentliche Detail der Verfahren“ an Medien weitergegeben und dort veröffentlicht worden seien. „Diese Schilderung ist objektiv falsch“, erklärt Göldner nun auch in einem Schreiben an den Bürgermeister.

Auch in dieser Hinsicht bittet er daher „um Einsicht in die entsprechenden Aktenvermerke, die Sie zu dieser Darstellung veranlasst haben“.